



Inhalt

**Keine Versprechen
& keine Lügen**

**Weniger reden
& mehr handeln**

**Politik einfach
& verständlich**

**In einem Land,
in dem es vielen
Menschen gut geht,
sollte es niemandem
schlecht gehen**

Grundsatzprogramm
für die
politische Arbeit der

DPD

Demokratische Partei Deutschlands



Mehr Einflussnahme des Bürgers
auf politische Entscheidungen

Direkte Demokratie

2

Der Staat ist für den Bürger da -
nicht umgekehrt!

Schutz der Privatsphäre

3

Effiziente
Staatsmodernisierung

Entbürokratisierung

5

Ein gerechtes Modell zur effizienten
Vereinfachung des Steuersystems

Die Einheitssteuern

7

Ein Modell zur Grundsicherung und
Reformierung der sozialen Sicherungssysteme

Variables Grundeinkommen

9

Reformierung des
Bildungssystems

Mehr Bildung für alle

10

Familienpolitik,
die diesen Namen verdient

Mehr Chancen für Familien

12

Ein geordneter Aufbruch
in die Zukunft

Wirtschaftspolitik mit Zukunft

15

Ein Modell zum
effizienten Klimaschutz

Unser Maßnahmen-Katalog

17

Gesunder Menschenverstand
im Auftrag des Bürger

Unsere politischen Werte

18

Direkte Demokratie

Vorteile:

- Unmittelbare Beteiligung des Bürgers an politischen Entscheidungen
- Volksabstimmungen bei wichtigen Gesetzesvorlagen
- Stärkung der Bürgerinitiativen
- Direktwahlen von Bürgermeistern, Landräten, Bundeskanzler und Bundespräsident
- Partizipative Bürgerhaushalte führen zu verantwortlichem Umgang mit Steuergeldern

Die DPD setzt sich für mehr mündige Einflussnahme der Bürger und Förderung der demokratischen Teilhabe auf die Geschicke des Staates durch direkte Demokratie ein. Direkte Demokratie beinhaltet Formen der unmittelbaren politischen Entscheidungsfindung in Sachfragen durch mündige Bürger.

Damit wird dem Verfassungsziel der Volksherrschaft wieder genüge getan.

In einer direkten Demokratie ist eine viel feinere Steuerung politischer Entscheidungen durch den Bürger möglich und sein Handeln ist nicht nur auf Wahlen beschränkt. Der Bürger greift selbst in politische Entscheidungsprozesse ein und hat im Zweifelsfall das letzte Wort. Daraus ergibt sich eine vorbeugende Kontrollfunktion für die Bürger.

Mehr direkte Demokratie ist die richtige Antwort auf die allgemeine Politik- und Parteiverdrossenheit und der daraus entstandenen Wahlmüdigkeit.

Nach Meinung der DPD kann direkte Demokratie in der deutschen Praxis bedeuten, dass Gesetzesvorlagen der Volksabstimmung unterliegen, wenn dies in einer vorgängigen Unterschriftensammlung – ähnlich dem Bürgerbegehren – verlangt wird.

Politische Erneuerungsprozesse dürfen nicht primär auf den Reißbrettern der Parteizentralen entstehen, sondern die DPD fordert die Direktwahl der Bürgermeister und Landräte in allen Bundesländern.

Bürgerentscheid, Bürgerbegehren und Bürgerbefragung werden auf kommunaler und Länderebene die Teilhabe des Bürgers an politischen Entscheidungsprozessen erhöhen.

Durch eine Reform des Wahlrechts auf allen Ebenen soll das Kumulieren und Panaschieren der Stimmen ermöglicht werden. Dies bedeutet, das Verteilen mehrerer, verfügbarer Stimmen durch den Wähler auf Kandidaten unterschiedlicher Listen.

Nach Forderung der DPD sind der Bundespräsident und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zwingend direkt vom Volk zu wählen. Die Bürger sollen auch die Möglichkeit haben durch ein Misstrauenvotum eine Regierung, eine Partei oder einen Funktionsträger abzuwählen.

Durch Beteiligung der Bürger an der Haushaltspolitik mit offener Ausgabenpolitik (partizipative Bürgerhaushalte) der kommunalen Finanzbasis wird verantwortlicher mit Geld umgegangen. Das führt zu erheblichen Einsparungen.

Weiterentwicklung der Mitbestimmung in der Wirtschaft sowie Beteiligung der Bevölkerung am Produktiv-Vermögen soll diesen Prozess verstärken. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist durch einen Bürgerentscheid abzustimmen.

**Der Staat ist für den Bürger da -
nicht umgekehrt!**



Schutz der Privatsphäre

Vorteile:

- | Persönliche Grund- und Freiheitsrechte werden gestärkt
- | Schutz des Bürgers vor verdachtsunabhängigen staatlichen Eingriffen
- | Angemessenheit der sicherheitspolitischen Maßnahmen
- | Eigentumsrechte werden als Grundlage individueller Freiheit und der Bürgergesellschaft gesichert
- | Verhinderung eines Überwachungsstaates

Das Engagement für die Freiheit in Deutschland und der Welt ist eine Aufgabe, die Augenmaß braucht. Konzentration auf das Wesentliche tut Not. Die Privatsphäre ist der Kern persönlicher Freiheit. Sie muss gegen den Zugriff staatlicher Macht ebenso verteidigt werden wie gegen Übergriffe aus der Gesellschaft. Wir verstehen die Freiheit als höchsten Wert, Garant von Menschenwürde und Basis für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Daraus leitet die DPD ihr politisches Handeln ab. Prinzipien wie Sicherheit, Gleichheit oder soziale Gerechtigkeit werden zunehmend gegen das Recht auf Privatheit in Stellung gebracht. Wuchernde Bürokratien, Obrigkeitsdenken, aber auch gedankenlose Bequemlichkeit untergraben den Sinn für den Wert des Privaten. Für vermeintlich höhere Zwecke und Pflichten soll der Bürger auf die Privatsphäre scheinbar freiwillig verzichten. Er soll zum „gläsernen Untertan“ werden und eine „öffentliche Anstaltsordnung“ akzeptieren. Die Persönliche Freiheit bildet das zentrale Rechtsgut im demokratischen, freiheitlichen Rechtsstaat. Die persönlichen Freiheitsrechte garantieren den Bürgerinnen und Bürgern die Privatsphäre und sind damit Abwehrrechte des Individuums gegenüber staatlichen Übergriffen. In neuerer Zeit wird die persönliche Freiheit indessen immer mehr eingeschränkt; die Zahl der staatlichen Interventionen nimmt beständig zu. Unter dem Deckmantel der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung werden rechtsstaatliche Standards zunehmend ausgehöhlt. Dies gilt für den Datenschutz ebenso wie für den Schutz der Privatsphäre und verschiedene Verfahrensrechte. Verschiedene politische Kreise leiten aus dem Terrorismus - immer gestützt auf Einzelfälle - ein Bedürfnis nach zusätzlichen Regelungen, Gesetzen und Kontrollen ab. Oft geht dabei der Blick fürs Ganze und für die Verhältnismäßigkeit verloren. Effektive Sicherheitspolitik muss zwingend den Schutz der Freiheitsrechte beinhalten. Die DPD sieht daher im großen Lauschangriff, Einführung von Handyüberwachung, Videoüberwachung von unbescholtenen Bürgern, heimlichen Online-Durchsuchungen von Computern, Biometriepässen, digitalen Fingerabdrücken und Speicherung von Fluggastdaten massive Eingriffe in die Grundrechte der Bürger und einen Angriff auf die Menschenwürde. Wir lehnen diese Maßnahmen grundsätzlich ab.



Unter dem Vorwand der Bekämpfung von Geldwäscherei, Terrorismus und Steuerbetrug werden Finanztransaktionen und andere Bankgeschäfte unbescholtener Bürger akribisch durchleuchtet. Das Bankkundengeheimnis wird permanent

zur Disposition gestellt. Heute haben staatliche Stellen wie z. B. das Finanzamt oder Bafög-Amt jederzeit verdachtsunabhängigen Zugriff auf private Bankkonten!

Auch das Abhören von Telefongesprächen oder die Kontrolle des E-Mail-Verkehrs sind geeignet, die persönlichen Freiheitsrechte einschneidend einzuschränken. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland dürfen nicht weiterhin wie Kriminelle behandelt werden. Das hat die ganz überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen nicht verdient - sie verdient den Schutz des Staates, aber nicht sein Misstrauen. Die Privatsphäre einschließlich des Schutzes vor Datenmissbrauch, die Unverletzlichkeit des Hausrechts sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis müssen gewährleistet werden.

Eines der Kernthemen der DPD lautet: soviel Staat wie nötig, so wenig wie möglich. Das bedeutet konsequenten Bürokratieabbau auf allen staatlichen Ebenen und Umkehr der Beweislast. Beamtete Dienstleistungen sind auf Kernaufgaben des Staates zu beschränken. Der Bürokratie und Bevormundungsstaat kostet nicht nur zu viel Geld, er kassiert auch zu viel Freiheit.

Die DPD macht sich für eine freiheitliche Bürgergesellschaft stark. Im Mittelpunkt dieser Bürgergesellschaft muss der aktive Bürger stehen. Die Bürgergesellschaft lebt von dem Engagement aller bürgerschaftlichen Kräfte. Bürgerliche Freiheit und bürgerliche Verantwortung haben Vorrang gegenüber den Ausprägungen des Bevormundungsstaates. Denn jeder Mensch braucht Freiheiten um eigene Anlagen und Fähigkeiten entfalten und verwirklichen zu können. Ohne Freiheit ermüdet der menschliche Geist, verfällt Kreativität in Kultur und Wissenschaften, stagniert die Wirtschaft. Die Bürgergesellschaft wird durch Bürokratieabbau und Deregulierung gestärkt. Der Bevormundungsstaat muss deutlich zurückgedrängt werden, damit die Bürgergesellschaft ihre Wirkung erzielen kann.

Die Idee der Freiheit ist gefährdet, denn durch die Gewöhnung an den bevormundenden Wohlfahrtsstaat sinken die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben. Es drohen die Entmündigung der Mündigen durch die kollektive Bevormundung, weniger Entfaltungsmöglichkeiten auf eingeschränkten Märkten, weniger Teilhabe am demokratischen Gemeinwesen. Für eine freiheitliche Bürgergesellschaft bedarf es eines selbstverantwortlich handelnden Bürgers, nicht der bevormundete und betreute Untertan. Daher muss die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Bürgergesellschaft wieder zum Credo der Politik werden. Dazu ist jetzt ein Anstoß zu mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement dringend nötig!

Die DPD setzt sich gerade für den Schutz der Schwächeren durch Stärkung des Rechtsstaats ein. Durch einen funktionierenden Rechtsstaat können sie darauf vertrauen, dass sie in Sicherheit leben können und sie in Konflikten und Streitfällen fair und ohne Rücksicht auf ihr Vermögen und ihre gesellschaftliche Stellung behandelt werden.

Die Selbstbestimmtheit des Menschen, Toleranz und wenig staatliche Bevormundung kennzeichnen die Politik der DPD. Persönliche Freiheit bedeutet auch Freiheit vor bürokratischen Zwängen.

Entbürokratisierung

Vorteile:

- Enorme wirtschaftliche Einsparpotentiale
- Effizienzsteigerung durch Modernisierung des Verwaltungsapparates
- Bürgerfreundliche Verwaltung
- Investitionssicherheit für Bürger und Unternehmen
- Reformierung eines veralteten Beamtentums
- Konsequenter Ausbau des E-Governments

Die DPD setzt sich für einen konsequenten Bürokratieabbau ein und fordert eine grundlegende Verwaltungsmodernisierung. Sie ist davon überzeugt, dass die bisher eingeführten Maßnahmen und Regierungsprogramme zu keinem merklichen Erfolg geführt haben. Die ausgeuferte Bürokratie ist nicht mit den derzeit gängigen Instrumentarien der Politik einzudämmen und führt zu einer großen Unzufriedenheit der Bürger. Bürokratie mit sich selbst zu bekämpfen ist der falsche Weg. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der etablierten Politik ist hierbei drastisch. Die DPD fordert für Deutschland ein neues Gesamtkonzept zur Neuordnung des Staates mit einem Minimum an notwendiger Bürokratie. Denn Bürokratie lähmt den Fortschritt. Die getroffenen Maßnahmen des „Bürokratie-TÜV's“ und des Standard-Kosten-Modells sind richtige aber unzureichende Schritte. Eine konsequente Entbürokratisierung verlangt grundlegendere Veränderungen.

Deshalb fordert die DPD zur Reformierung der Sozialsysteme die Einführung des Bürgergeldes. Von dem enormen Verwaltungsapparat sind besonders die deutschen Unternehmen betroffen. Konsequenter Bürokratieabbau führt hier zu einer jährlichen Entlastung in Größenordnung von mehreren Mrd. Euro.

Die DPD fordert außerdem mehr Bürgernähe der Verwaltung, ein einfaches und überschaubares Regelwerk und eine grundlegende Verschlankung des Staatsapparates. Insbesondere das deutsche Beamtensystem verlangt nach einer grundlegenden Erneuerung. Die DPD fordert hier die Einführung eines markt- und zeitüblichen Leistungsprinzips in das Beamtentum. Das Beamtentum auf Lebenszeit soll abgeschafft werden.

Die Einführung der „Umkehr der Beweislast“ soll dort, wo es sinnvoll erscheint, die Regel werden. So sollte es künftig die Norm sein, dass im Falle eines gestellten Antrages dem Verwaltungsapparat nur ein bestimmter Zeitraum für eine Entscheidung bleibt, nach deren Ablauf der Antrag als bewilligt gilt. Der Bürger braucht Planungssicherheit. Dem Bürger muss grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet werden, behördlich geforderte Anträge, wie im Meldewesen der Einwohnermeldeämter, Kfz-Zulassungsstellen, Steuererklärung, Rentenauskünfte oder die Einreichung von Schriftsätzen bei Gericht, via Internet zu stellen. Die DPD fordert den konsequenten Ausbau des E-Governments.

Längst überfällig ist die Einführung eines Zentralgewerbeamtes, eines Zentralhandelsregisters oder eines Einwohnermeldeamtes im Internet. Deutschland braucht eine Modernisierung des Staatsapparates.

Hierdurch wird der einzelne Bürger ebenso wie die Unternehmen von staatlichen Pflichten befreit und somit gestärkt. Deutschland sollte positive Ansätze zur Entbürokratisierung auch aus anderen Ländern schnell aufgreifen.



Die Einheitssteuer

Vorteile:

- Einheitliche Steuersätze
- Hohe Steuergerechtigkeit
- Positive Beschäftigungs- und Wachstumswirkung
- Minimierung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung
- Klare Kalkulierbarkeit
- Konsequenter Bürokratieabbau

Das Konzept der DPD sieht vor, alle Einkünfte mit einem progressiven Steuersatz und alle Umsätze mit einer einfachen Einheitssteuer zu besteuern und sowohl Steuerlücken als auch Doppelbesteuerungstatbestände zu beseitigen.

Die DPD sieht in der Einführung des progressiven Steuersatzes und der Einheitssteuer den radikalsten Ansatz zur Reformierung der Steuersysteme.

Die Einheitssteuer ist dazu geeignet, die Wirtschaft zu entfesseln, da kein Individuum, kein Haushalt, keine Firma in Zukunft berücksichtigen muss, dass komplizierte Steuerregeln ihre ökonomischen Aktivitäten behindern. Die Einheitssteuer unterscheidet zwischen Grundbedarf, Bedürfnissen und Luxusartikeln.

Darüber hinaus wird die progressive Einkommenssteuer Gerechtigkeit schaffen und nicht zuletzt trägt die Einheitssteuer zum konsequenten Abbau der Bürokratie bei. Alle Ausnahmeregelungen, alle Subventionen sollen beseitigt werden. So wird es möglich, soweit überhaupt noch nötig, eine Steuererklärung abzugeben, die auf einem einzigen Blatt Papier Platz findet.

Forscher haben z.B. übereinstimmend festgestellt, dass das System der Einheitssteuer „Flat-Tax“ umso besser funktioniert, je niedriger die Steuersätze sind. Denn desto eher sind die Bürger bereit, ihre Steuern zu zahlen und desto attraktiver ist das Modell auch für in- und ausländische Investoren. Einzige Grundbedingung ist: Das staatliche System, Steuern einzutreiben, muss funktionieren.

Die DPD geht in Übereinstimmung mit führenden Wirtschaftswissenschaftlern davon aus, dass ein niedrigerer Steuersatz zu erwünschten neuen Investitionen führen kann.

Die Argumente zur Einführung einer Einheitssteuer liegen auf der Hand: Die Einheitssteuer erlaubt es, Einkünfte in größerem Umfang als bisher abschließend an der Quelle zu besteuern (Abzugsteuer, Quellensteuer).

Der Anreiz, Einkommen zwischen Personen oder Besteuerungsabschnitten zu verschieben, wird verringert. Es spielt keine Rolle mehr, welchem Jahr oder welcher Person eine Einnahme zugeordnet wird, denn der Steuersatz ist immer gleich. Die Diskussion um das Ehegattensplitting wird entschärft, weil es auch hier keine Rolle spielt, welcher Ehegatte wie viel zum Familieneinkommen beisteuert. Bei jedem Ehegatten ist der Steuersatz gleich hoch. Die Einteilung in Lohnsteuerklassen erübrigt sich.

Die Einheitssteuer wird ein Höchstmaß an Klarheit und Einfachheit im Einkommensteuerrecht schaffen und so zu einer einfacheren Steuererklärung führen. Auf diesem Wege lässt sich gleichzeitig eine Grundsicherung mit minimalem Verwaltungsaufwand realisieren.

Die Forderung der DPD, nach Einführung eines Grundeinkommens, wird durch das Steuersystem Einheitssteuer mit minimalem Verwaltungsaufwand realisiert. Die Grunderwerbsteuer, die Schenkungsteuer, die Erbschaftsteuer, sowie die Kapitalertragsteuer (ab 2009 Abgeltungssteuer) können mittelfristig gänzlich abgeschafft werden. Der Charme des Systems liegt darin, dass wirtschaftliche Entscheidungen, insbesondere die über Investitionen, nicht mehr durch steuerliche Kalkulationen vereitelt werden. Die Einheitssteuer ist zudem das ideale Mittel gegen Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Das Wirtschaftswachstum wird beschleunigt. Das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit bleibt erhalten. Die Steuerlast nimmt mit steigendem Einkommen zu.



Variables Grundeinkommen

Vorteile:

- Gesichertes Grundeinkommen für jeden Bürger
- Gerechte Absicherung
- Erneuert veraltete Sozialsysteme
- Neue Rahmenbedingen in der Wirtschaft
- Variable Unter- und Obergrenzen bei Gehältern

Die DPD setzt sich für ein grundgesetzlich garantiertes Grundeinkommen ein. Hierunter versteht die DPD ein allen deutschen Staatsbürgern zustehendes Grundeinkommen mit existenzsicherndem Charakter. Das Grundeinkommen soll ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Arbeitszwang oder -verpflichtung jedem deutschem Staatsbürger von Geburt an zustehen. Das Sozialsystem muss erneuert werden. Die Kosten sind zu hoch, der bürokratische Aufwand für Staat und Bürger viel zu groß. Es bedarf grundlegender Veränderungen. Da zur Finanzierung der Sozialsysteme einfach nicht ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und durch die fortschreitende Technologisierung weiter abgebaut werden könnten bedarf es einer neuen Finanzierungslösung.

Die DPD setzt sich dafür ein das auf Maschinen die menschliche Arbeit ersetzen Sozialabgaben zu leisten sind. Ohne eine weitere Einnahmequelle droht die weitere Ausuferung des Hartz-IV-Dilemmas. Der mit den offensichtlichen Problemen konfrontierte Gesetzgeber versucht durch ständige Gesetzesanpassung den Problemen Herr zu werden und sorgt hierdurch nur umso mehr für unklare rechtliche Verhältnisse – für Bürger ebenso wie für Staatsbeamte. Die Sozialgerichte werden mit Klagen betroffener Bürger überhäuft. So zieht sich das Problem durch alle drei Staatsgewalten und führt zu lähmendem Stillstand – all dies zu Lasten des hilfesuchenden Bürgers. Das Modell der DPD bietet eine einfache und logische Lösung: Die Einführung eines grundgesetzlich verankerten Grundeinkommen als staatlich garantiertes Existenzminimum abhängig vom Status des Antragstellers.

Der DPD schwebt außerdem ein gestaffeltes Modell vor: Das garantierte Grundeinkommen soll jedem gewährt werden ohne Auflagen, für arbeitswillige soll es eine Aufstockung geben. So müssen arbeitsunwillige nicht mehr durch die Agenturen genötigt werden damit sie den gesetzlichen Anforderungen zum Erhalt von Sozialleistungen nachkommen. Dies erspart viel Ärger, Zeit und Kosten.

Die DPD fordert zudem das kein Lohn unter dem maximal erreichbaren Grundeinkommen liegen darf.

Mehr Bildung für alle

Vorteile:

- Optimiertes Lernen durch durchgängige Einführung von Ganztagschulen
- Fachliche Qualifikation statt Berufsbeamtentum
- Einführung eines Bildungssicherungssystems nach TÜV oder Europa-Norm
- Einheitliche Schulpolitik auf Bundesebene vereinfacht die Mobilität der Arbeitnehmer (Familie mit Kind)

Die DPD fordert eine umfassende und konsequente Reform des bestehenden Bildungssystems, das durchgängig alle sozialen Schichten und Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erreicht. Nur so kann im Rahmen der zunehmenden Globalisierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gesichert werden. Bildung ist der wichtigste Rohstoff in unserem rohstoffarmen Land. Sie muss bereits im Vorschulalter beginnen. Um Kindern aus allen Bevölkerungsschichten die notwendigen Grundlagen zu einer erfolgreichen Schulausbildung, auch unabhängig vom Bildungsanspruch des Elternhauses, zu vermitteln, muss Bildung bereits im Kleinkindalter beginnen. Die Einführung der Kindergartenpflicht ab dem 3. Lebensjahr stellt diesen Anspruch sicher. Die Finanzierung neuer Kindergartenplätze und die permanente Aus- und Weiterbildung der Erzieher ist ebenso eine Forderung der DPD wie die konsequente Fremdsprachenförderung bereits in den Grundschulen. In Zeiten, in denen immer mehr Mobilität von Arbeitnehmern gefordert wird, wirkt sich ein auf Länderebene geregeltes Schulsystem hemmend aus. Die DPD fordert daher, die Schulpolitik auf Bundesebene zu stellen. Das bisherige dreigliedrige Schulsystem wird aufgrund seines starren Gefüges den veränderten gesellschaftlichen und sozialen Strukturen nicht mehr gerecht. Zur Verbesserung der sozialen Durchlässigkeit muss die Integration aller Schüler in Gesamtschulen als wichtiges Ziel verfolgt werden. Die durchgängige Einführung von Ganztagschulen stellt ein optimiertes Lernen durch qualifizierte Hausaufgabenbetreuung sicher und schafft so eine bessere Chancengleichheit. Lernschwächere Kinder müssen besonders nach ihren Fähigkeiten gefördert werden. Neben den klassischen Lerninhalten sollen handwerkliche Fähigkeiten vermittelt und gefördert werden. Die bisherige Ausgrenzung lernbehinderter oder körperlich behinderter Kinder muss durch die Schaffung vermehrter Integrationsklassen vermieden werden. Kinder mit Bildungsrückstand müssen verstärkt gefördert werden. Um ausreichende sprachliche Fähigkeiten zu vermitteln, sollen Aufbaukurse Pflicht vor dem eigentlichen Schuleintritt werden. Auch die Ansprüche an das Berufsbild des Lehrers muss den geänderten Bedingungen der Gesellschaft angepasst werden. Die Biographie des Lehrers und seine fachliche Qualifikation und nicht die Zuteilung über den Staatsapparat entscheidet über dessen Einstellung. Die Personalauswahlhoheit liegt zukünftig bei der Schule.



Schulen sollten über Sponsorengelder mit eigenen Budgets wirtschaften dürfen. Damit können sie auch je nach den individuellen Anforderungen Zeitverträge abschließen, um so Personalengpässen zeitnah begegnen zu können. Auch die schulprojektbezogene Einstellung von nicht pädagogischen Fachleuten soll möglich werden.

Die DPD fordert eine deutschlandweite Qualitätssicherung in der Bildung durch kooperativen Leistungswettbewerb unter den Schulen. Durch jährliche Vergleichsarbeiten auf der Basis eines national festgelegtem Qualitätsstandards wird Transparenz über die Effizienz der einzelnen Schulen geschaffen.

In Deutschland ist die Qualitätssicherung im Dienstleistungssektor bereits selbstverständlich. Jede renommierte private Erwachsenenbildungsschule hat bereits ein Bildungs-Qualitätssicherungssystem nach TÜV oder nach Europa-Norm. Die festgestellten Evaluationsergebnisse jeder Schule, die durch ein staatlich finanziertes externes Kontrollgremien von praxiserfahrenen Berufspädagogen ermittelt werden, motivieren schulintern zu besseren pädagogischen Ansätzen oder Veränderungen von innen heraus.

Die DPD fordert die Aufgabe der gebietsbezogenen Schulzuweisung. An die Stelle der bisherigen Schulämter sollen Kontrollgremien in Form praxiserprobter Fachleute für die Einhaltung extern vorgegebener Qualitätsstandards tätig werden.

Das Qualitätssicherungssystem der allgemeinbildenden Schulen muss auch ausgeweitet werden auf einen internationalen Vergleich deutscher Universitäten bei gleicher Autonomie der Universitäten analog dem Stiftungssystem amerikanischer Universitäten. Zur Unterstützung einer breiten Zugänglichkeit der universitären Ausbildung kann der Staat Bildungskredite vergeben, die in Abhängigkeit vom zu erwartenden Einkommen und der Einkommenslage unterschiedlich lange rückzahlbar sind. Die DPD fordert gleichzeitig eine Förderung von Leistungseliten durch staatliche Stipendien oder Fördergelder, denn Leistungseliten setzen Leistungsstandards, schaffen Arbeitsplätze und tragen die Säulen der Gesellschaft. Sie im Land zu halten ist eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Ziele.

Die DPD fordert eine massive Unterstützung von Problemschulen. Die länder- bzw. bezirksspezifische Problematik soll durch massive finanzielle und strukturelle Förderung von Problembezirken und -schulen ausgeglichen werden.

Mehr Chancen für Familien

Vorteile:

- | Verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- | Weiterbildung in der Babypause
- | Flexibler Wiedereinstieg ins Berufsleben
- | Liberalisierung des Adoptionsrechts
- | Spezielle Ausbildung für Familienrichter und Gutachter
- | Einhaltung bestimmter Qualitätskriterien vom Gericht bestellten Gutachter

Die DPD setzt sich für eine familiengerechte und kinderfreundliche Gesellschaft ein, bei der Gleichberechtigung aller Bürger eine elementare Grundvoraussetzung darstellt. Der demografischen Entwicklung muss durch umsichtige Familienpolitik Einhalt geboten werden, Deutschland hat weltweit eine der niedrigsten Geburtenraten. Umfragen bestätigen den derzeitigen gesellschaftlichen Misstand. Als Hauptgründe für den fehlenden Nachwuchs werden in aller Regel genannt: 1. die Schwierigkeit, die Familienplanung und Erwerbstätigkeit ohne berufliche Nachteile miteinander zu verbinden, 2. schlichte finanzielle Gründe, 3. fehlende oder nicht ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie 4. nicht vorhandene Stabilität der Ehe. Sämtliche Versuche, finanzielle Befürchtungen durch eine Erhöhung des Kindergeldes oder einer „Babyprämie“ auszumerzen, sind gescheitert. Hinsichtlich der finanziellen Bedenken kann das von der DPD geforderte Grundeinkommen Abhilfe leisten. Die DPD möchte den Familien Stabilität geben durch entsprechende Beratungsstellen sowie Familienhelfern. Für die geeignete Umsetzung ist jedoch unbedingt eine Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten notwendig.

Eine flächen- und bedarfsdeckende Kinderbetreuung unter professioneller Leitung ist eine zentrale Forderung der DPD für die Familienpolitik in Deutschland. Der Gesetzgeber muss die Grundlage setzen und Anreize schaffen, dass in staatlichen oder privaten Betreuungseinrichtungen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung bei der Versorgung und Ausbildung der Kinder eine kindgerechte Betreuung möglich ist.

Auch eine Betreuung in Ganztagskindergärten mit wesentlich flexibleren Öffnungszeiten muss möglich und bezahlbar sein. Wir wollen zudem eine Pflicht zum Kindergartenbesuch für alle Kinder, um frühzeitig eine Integration und damit eine Chancengleichheit in der schulischen Laufbahn zu erreichen.

Die DPD möchte besonders Alleinerziehenden helfen, Beruf und Kind in Einklang zu bringen. Neben einer Kinderbetreuungsreform, welche jungen Eltern echte Wahlfreiheiten lässt, sollen zudem mehr Hilfen für überforderte Eltern bereitgestellt werden. Der Problematik der Verwahrlosung und Kinderarmut muss mit einer neuen Form der Familienfürsorge entgegengewirkt werden.



Die mit einem vorübergehenden Ausstieg aus dem Berufsleben auftauchenden Schwierigkeiten für ein sich der Erziehung widmendes Elternteil müssen neben dem Ausbau der Kinderbetreuung auch auf andere Weisen wirksam verringert werden. Eine kindergerechte Familienpolitik verlangt die Schaffung von Möglichkeiten und Anreizen für einen erleichterten und flexiblen Wiedereinstieg der betroffenen Eltern ins Berufsleben. Zu verbessern sind etwa die Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung während der Familienphase. Erziehungspersonen muss das Angebot einer bezahlbaren Weiterbildung im eigenen Heim bereitgestellt werden.

Die DPD fordert zudem eine Liberalisierung des Adoptionsrechts.

Der Staat muss seinen Bürgern wieder zutrauen, selbst zu entscheiden, ob sie die Möglichkeit für eine angemessene Kinderziehung besitzen. Ein liberalisiertes Adoptionsrecht bietet für betroffene Kinder allemal eine bessere Perspektive als ein Aufwachsen im Heim.

Auch in der Liberalisierung des Adoptionsrechts liegen Möglichkeiten, der demografischen Entwicklung, die auf eine Überalterung der Gesellschaft hinausläuft, wirksam entgegenzutreten. Ein massiver Ausbau der psychologischen und materiellen Unterstützung im Falle einer ungewollten Schwangerschaft soll zudem Abtreibungen verhindern.

Ein weiterer Aspekt ist die häufig unterschätzte, beinahe tabuisierte Problematik der Scheidungsflut und der Scheidungs- und Trennungskinder in Deutschland. Bei einer seit dem Jahr 2001 konstant über 50 Prozent liegenden Scheidungsrate verbietet es sich, die damit zwangsläufig einhergehenden Problematiken zu ignorieren.

Viel zu selten wird nach Ansicht der DPD vor Konsultierung eines Rechtsanwaltes der Gang zu einem geschulten Mediator oder einer anderweitig mit den spezifischen Problemen einer Scheidung geschulten Institution angetreten.

Die Folgen sind jährlich mehr als 200.000 Scheidungen in Deutschland. In etwa der Hälfte der Ehescheidungen sind minderjährige Kinder davon betroffen. Insgesamt gibt es in Deutschland etwa 3 Millionen Kinder, die dauerhaft von einem Elternteil getrennt leben müssen.

Insbesondere wenn minderjährige Kinder von der Trennung der Eltern betroffen sind, muss mehr Aufklärung über die Problematik der Scheidungs- und Trennungskinder geleistet werden. Oft ist auch den Eltern nicht bewusst, welche verheerende Auswirkungen der Verlust der Bezugsperson für ein minderjähriges Kind haben kann.

Die Einführung eines ernsthaften Vermittlungsversuchs durch eine speziell dafür ausgebildete Institution als Voraussetzung für die wirksame Einreichung eines gerichtlichen Scheidungsantrages ist ein wirksamer Schritt zur Bekämpfung der „Massenindustrie“ Ehescheidung mit einem Jahresumsatz von 20 Milliarden Euro.

Auch im Umgangs- und Sorgerecht muss ein Umdenken geschehen. Das unflexible Residenzmodell, nach welchem der getrennt lebende Elternteil sein Kind bzw. seine Kinder nur alle 2 - 4 Wochen am Wochenende in der Obhut hat, sollte grundsätzlich ersetzt werden durch das flexiblere Wechsel- oder Doppel-Residenzmodell.

Dieses Modell, das in Ländern wie Frankreich, Belgien oder Italien die gängige Praxis darstellt, wird am ehesten der für eine gesunde emotionale Entwicklung des Kindes notwendigen Eingebundenheit in das Alltagsleben beider Elternteile gerecht. Die DPD vertritt zudem die Ausrichtung des Trennungs- und Scheidungsrechts nach dem Cochemer Modell. Grundkenntnisse in der Kinderpsychologie sollten alle beteiligten Personen haben, also Richter am Familiengericht, Rechtsanwälte mit Schwerpunkt Familienrecht, Verfahrenspfleger, Gutachter und Mitarbeiter des Jugendamtes. Die Jugendämter müssen unter Rechts- und Fachaufsicht gestellt werden, damit schwerwiegende Entscheidungen voll überprüft werden können. Um Abhängigkeiten und „Gefälligkeitsgutachten“ zu verhindern, sollen Verfahrenspfleger und Gutachter nicht länger ausgewählt, sondern entsprechend den Geschäftsverteilungsplänen der Gerichte einem Rotationsprinzip unterliegen. Daneben will sich die DPD ebenfalls für eine effiziente und vor allem flexible Betreuung der Alten stark machen. Hier bedarf es vor allem eines wesentlich besseren Angebotes an Kurzzeitpflegeplätzen.



Wirtschaftspolitik mit Zukunft

Vorteile:

- Keine Ideologien und Glaubensbekenntnisse mehr
- Sinnvoller Nutzen der Fakten und der logischen Zusammenhänge
- Neue Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt
- Für eine soziale Marktwirtschaft

Ein funktionierender Rechtsstaat ist Grundvoraussetzung für eine soziale Marktwirtschaft. Der freie Markt kann seine unübertroffene Fähigkeit zur Schaffung von Wohlstand und zur Bekämpfung von Armut nur voll entfalten, wenn er über einen stabilen Rechtsrahmen verfügt. Die Ausgestaltung dieses Rahmens ist einer der Hauptinhalte liberalen Denkens und Politik der DPD. Als ausgewiesener Anwalt der Bürger sorgt die DPD für lösungsorientierte und sozial verträgliche Ansätze, um den Problemen mit der nötigen Solidarität für das Ganze entgegen zu treten.

Auch wenn Unverbesserliche der Globalisierung fast den bewaffneten Kampf angesagt haben, ist und bleibt festzustellen, dass Deutschland ein Gewinner der Globalisierung ist.

Die DPD wird dafür sorgen, dass es auch so bleibt. Aus den letzten 30 Jahren wissen wir, dass die Konzepte unserer Altvorderen für die neuen Herausforderungen nur bedingt tauglich sind. Eindeutig dokumentiert durch die Massenarbeitslosigkeit, den Abgabenschwungel, die unübersichtliche Renten- und Sozialproblematik der Versorgungsnetze, sowie last but not least, der Benzin- und Dieselpreisen. Hierzu sind die Antworten der DPD zum einen die Einheitssteuer für Unternehmen und Bürger, um diesen eine breitere Investitions- und Planungssicherheit zu gewährleisten. Zum anderen das Grundeinkommen, welches jedem Einzelnen der Gesellschaft eine Basisversorgung sichert.

Die Wirtschaft als Ganzes und die Wirtschaftspolitik im Besonderen ist ein sehr komplexes Gebilde mit ihren immanenten Problemen im strukturellen, organisatorischen, fiskalischen und arbeitsmarktpolitischen Feld.

Wir wollen nicht vergessen, dass zur Freiheit des Ertragsstrebens, auch Verantwortung und Kontrolle gehört, fest verankert in den Werten, für die unser Land steht.

Wirtschaftspolitik gelingt nur, wenn sie das Spannungsfeld aus Produktion, Markt, Arbeit, Ertrag und Recht geordnet, unter Leistungsprinzipien und Weltmarktbedingungen solidarisch umsetzt. Es ist ein Anliegen der DPD, dass nicht notwendige Beeinträchtigungen des Wirtschaftskreislaufs zurückgefahren werden und ein weltmarktorientiertes Herstellen von Produkten und Dienstleistungen, Erfindungen und technischen Innovationen erleichtert und sinnvoll gefördert wird.

Fest steht, dass soziale Verantwortung genauso zur Wirtschaft gehört, wie der notwendige Absatzerfolg. Daher sieht es die DPD als notwendig an, dass die Löhne und Gehälter an den Unternehmenserfolg gekoppelt werden.



Sowohl bei Gewinn als auch bei Verlusten müssen die dementsprechenden Maßnahmen getroffen werden. Klar ist, dass eine Volkswirtschaft investieren muss und nicht nur sparen darf. Dies bedeutet ausschließlich Investitionen in Infrastruktur, in neue Technologien und ähnlichem, also in Sachen und nicht in Konsum oder nur in Zinsen. Der Technische Fortschritt und die Steigerung der Effektivität erhöhen das Einkommen. Die Höhe der Löhne bestimmt das Preisniveau, das bedeutet aber nicht, dass niedrige Löhne für Absatz sorgen, sondern qualifizierte Produkte, intelligente Technik und Verfahren aufgrund ihrer Effektivität durchaus einen angemessenen Preis haben dürfen. Spitzeneinkommen oder hohe Lohnanteile finanzieren sich somit durch die Qualität der hergestellten Produkte oder angebotenen Dienstleistungen.

Made in Germany muss wieder für das stehen was es mal stand, nur so können wir unseren Standard sichern.

Die DPD fordert somit angemessene Löhne für effektive Produkte und Dienstleistungen. Der Arbeitsmarkt gehört vollkommen neu reguliert, der in vielen Bereichen herrschende Lösungsansatz: „Weniger Geld und soziale Leistungen für mehr Arbeitszeit und Arbeitsleistung“ ist ein Irrweg. Dies ist eindeutig dokumentiert durch die Arbeitslosenzahlen und die Weltmarktanteilsverluste auf der einen Seite und dem stetigen Wegfall sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze auf der anderen Seite.

Die DPD wird dafür sorgen, dass der Arbeitsmarkt neu reguliert und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bewusst und nachhaltig gefördert wird. Dies wird erreicht durch sinnvoll auf den Sachzusammenhang abgestimmte Gesetze und Verordnungen.

Die Wirtschaftspolitik muss wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit verbinden. Nur so kann die Freiheit des Einzelnen gesichert und die ständig steigende Eigenverantwortung unterstützt und gestärkt werden.

Somit ist es unabdingbar, dass die Wirtschaftspolitik auf gemeinsamen und anerkannten Werten beruht und nicht ausschließlich das rein Materielle in den Vordergrund stellt.

Das bedeutet aber auch, dass sie veränderungsfähig, also den Erfordernissen des Weltmarktes anpassbarer wird. Die Wirtschaftspolitik muss ideologie- und glaubensbekenntnisfrei gestaltet werden. Ebenso wichtig ist hierbei die Realisierung der nötigen Kreativität und Toleranz. Voraussetzung für ein erfolgreiches Agieren unter diesen neuen Bedingungen ist ein chancengleiches Bildungssystem für alle, das dafür sorgt, dass die notwendigen Voraussetzungen im mentalen Bereich geschaffen werden, die Ressource Mensch so einzusetzen, dass die Herausforderungen der Globalisierung und die Anforderungen der komplexen Märkte erfolgreich gelöst und bearbeitet werden können.

Es wurde eindeutig bewiesen, dass Subventionen und diverse Arbeitsmarktbeschaffungsaktivitäten keine dauerhaften Arbeitsplätze generieren konnten. Dies gelingt nur durch technische Innovationen und die Bereitschaft der Handelnden auch neue Wege ins Kalkül zu ziehen. Die DPD wird dafür sorgen, dass technische Innovationen, neue Technologien und die dafür notwendige Bildung und Ausbildung an herausragender Stelle in unserer Gesellschaft positioniert werden.

Somit wird sich die Handlungsgeschwindigkeit den notwendigen Prozessänderungen der Globalisierung anpassen.

Unser Maßnahmen-Katalog

Vorteile:

- Konsequente Förderung der alternativen Energien
- Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen
- Nachhaltiger Schutz unserer natürlichen Ressourcen
- Aktive Teilnahme am Umweltschutz

Die Verringerung bis hin zum Verzicht auf Verbrauch von fossilen Stoffen als Energielieferanten stehen auf der Dringlichkeitsliste ganz oben. Genauso gravierend sind aber der Schutz des Trinkwassers, der Meere und der Böden. Damit einhergehen müssen Maßnahmen zum Stopp des Waldsterbens. Die Luftreinhaltung von schädigenden Stoffen bedarf ebensolcher Anstrengungen. Wasser- und Bodenschutz können nicht isoliert betrieben werden, darum führen regenerative Maßnahmen nur im Einklang zum Erfolg.

Einleitung zum Maßnahmenkatalog:

Solange fossile Energieträger verbrannt werden und dadurch CO₂ emittiert, Phosphate aus Gülle in die Böden sickern und dadurch Flüsse und in Folge Meere verseuchen, Herbizide ungehindert auf Felder aufgebracht werden können, sind weitere böse Schäden nicht zu verhindern. Wenn der Energiebedarf für Klimaanlage größer bleibt als der für Heizenergie allein in den westlichen Ländern, steht es schlecht um den Klimaschutz. Dieser Bedarf wird sich zwangsläufig durch die Humanpopulation und durch steigende Temperaturen vergrößern. Alle erforderlichen Maßnahmen werden jedem Einzelnen auch größere Opfer abverlangen. Die DPD wird für einen unpopulären aber effizienten Klimaschutz eintreten. Geldwerte Belastungen sollen nur zweckgebunden für Umweltmaßnahmen ausgegeben werden.

Maßnahmen die die DPD unterstützt:

- von Anlagen zur Nutzung des Erdreichs zur Wärmeerzeugung
- von Anlagen zur Nutzung des Erdreichs zur Kälteerzeugung
- von Beleuchtungsanlagen mit geringem Energiebedarf
- von Maschinen mit Solarstromerzeugung
- von Maschinen mit solarer Energieeinspeisung
- von Anlagen zur Gewinnung von Strom ohne CO₂-Ausstoß
- zur Reduktion von Faulgasen in der Tierhaltung

Unsere politischen Werte

Vorteile:

- Politik hat Vorbildfunktion
- Vertrauen in die Politik und in die politisch Handelnden
- Sachpolitik steht vor Partei und Fraktionsraison

Die DPD bzw. ihre Vorgänger stehen in der Tradition der Deutsche Demokratische Partei, der Deutschen Volkspartei und der württembergische Demokratische Volkspartei. Das Grundgesetz bildet die Grundlage für ihre Politik. Dazu gehört allerdings die Ausgestaltung im liberalen und freiheitlichen Sinn. Die die Politik gestaltenden Frauen und Männer haben dabei eine besondere Verantwortung.

Dazu gehört als wichtigste Voraussetzung moralische Integrität. Diese entspringt der Unabhängigkeit des Denkens und Handelns. Abgelehnt wird von der DPD deshalb Zwang auf politisch Handelnde im Sinne eines „Durchpeitschens“ von vermeintlichen Sachzwängen in Koalitionen und Fraktionen. Vernünftiges Tun auf Basis des Grundgesetzes benötigt keinen äußeren Druck.

Deshalb gehört zur politischen Moral das freiwillige Angeben von wirtschaftlich bestehenden Bindungen, die einer freien Entscheidung im Einzelfall im Wege stehen könnten.

Ein Zwang zur Offenlegung privater Verhältnisse, wie es üblich geworden zu sein scheint, lehnt die DPD ab. Der Auswahl der politisch Handelnden kommt in einer Demokratie ein besonderer Rang zu. Schwätzer, Populisten und politische Opportunisten untergraben das erforderliche Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die von ihnen zu Wählenden. Zur politischen Moral gehört auch das stete Bewusstsein im Auftrag Vieler zu handeln. Parteiliche Egoismen verbieten sich deshalb.

Deshalb ist die korrumpierende Parlamentswirtschaft zu bekämpfen ohne Rücksicht auf Charakter, Fähigkeiten und Parteigesichtspunkten.

Die DPD wird zu allen Wahlen Prüfsteine erarbeiten. Die vor Wahlen von ihr gegebenen Versprechen werden durch ihr Handeln eingelöst werden. Deshalb verbietet die politische Moral ein Übermaß an versprochenen künftigen „Wohltaten“. Da in der Bundesrepublik Deutschland jeder ausgegebene Euro der öffentlichen Haushalte von den Bürgerinnen und Bürgern selbst aufgebracht wird, gilt vor allem ein Versprechen: das im besten Sinne Haushalten mit den finanziellen und anderen Ressourcen. Deshalb werden die Grundrechte im Sinne des Grundgesetzes als moralische Richtschnur des politischen Handelns die Grundlage verantwortlicher Politik bilden. Jeder Mandatsträger wird auf diesen moralischen Imperativ der DPD verpflichtet. Dazu gehört auch das Bewusstsein, dass politisches Handeln auch erfordert, Vorbildfunktionen zu erfüllen. Die DPD wird mit ihrer Personalauswahl dafür sorgen, dass die unverzichtbare Einheit von Moral und Politik wiederhergestellt wird. Die Freiheit des Einzelnen findet so die erforderliche Beschränkung. Politik als Selbstbedienungsladen lehnt die DPD ab.